

Nur 20 Euro mehr für Hartz-Kinder

Finanzminister Schäuble stellt im Haushalt 2011 lediglich knapp 500 Millionen Euro für höheren Bedarf bereit / Verfassungsgericht hatte Zusatzleistung für Bildung angemahnt

BERLIN. Die Bundesregierung will trotz der Forderung des Bundesverfassungsgerichts, die Hartz-IV-Sätze an den tatsächlichen Bedarf anzupassen, kaum mehr Geld für die betroffenen 1,7 Millionen Kinder ausgeben. Aus dem Entwurf für den Etat 2011, der der Berliner Zeitung vorliegt, ergibt sich, dass die schwarz-gelbe Koalition für die Umsetzung des im Februar gefällten Urteils jährlich nur 480 Millionen Euro bereit stellen will. Das sind rechnerisch lediglich 23 Euro je Kind und Monat.

Experten waren dagegen davon ausgegangen, dass Milliardenbeträge eingesetzt werden müssen, um dem Urteil nachzukommen. Die Verfassungsrichter hatten im Februar gerügt, dass die Regelsätze vor allem für Kinder willkürlich festgelegt sind. So wird gegenwärtig der Satz für Kinder einfach durch eine pauschale Kürzung des Erwachsenenbetrags errechnet. Geld für Bildung ist bei Erwachsenen nicht vorgesehen, also auch nicht für Kinder. Die Richter verlangten eine Neuregelung bis 1. Januar 2011.

Offen ist, wofür die 480 Millionen Euro genau ausgegeben werden sollen. Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) hatte allerdings bereits klar gestellt, nicht die Regelsätze der Kinder anheben zu wollen. Stattdessen soll es für Hartz-IV-Familien Bildungsgutscheine etwa für spezielle Fördermaßnahmen oder die Musikschule geben sowie weitere Sachleistungen, etwa einen Schulranzen. Sozialverbände treten hingegen für eine deutliche Anhebung des Regelsatzes ein. Derzeit werden für Kinder bis sechs Jahre 215 Euro gezahlt, zwischen sieben und 13 Jahre 251 Euro und ab 14 Jahre 287 Euro. Die Reform zur Umsetzung des Karlsruher Urteils soll im Herbst vorgelegt werden, wenn die für die Neuberechnung erforderliche Einkommens- und Verbraucherstichprobe vorliegt.

Der Haushaltsentwurf für das kommende Jahr sieht neue Schulden von 57,5 Milliarden Euro vor. Das sind wegen des von der Regierung geplanten Sparpakets und der besser laufenden Konjunktur rund 20 Milliarden Euro weniger als bisher geplant. Bis 2014 soll die Neuverschuldung auf 24 Milliarden Euro sinken. Zwei Jahre später müssen dann nach der neuen Schuldenbremse weniger als zehn Milliarden Euro erreicht werden. Durch einen Trick hat Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) dafür gesorgt, dass mehr gespart wird, als eigentlich nach der Schuldenbremse nötig ist. Überraschend ist, dass die Bundesagentur für Arbeit 2011 anders als 2009 keinen Zuschuss mehr bekommt, sondern nur noch einen Kredit. Der Bedarf soll mit sechs Milliarden Euro aber kleiner sein als in diesem Jahr, wo noch rund elf Milliarden Euro zur Deckung des Defizits benötigt werden.

Berliner Zeitung vom 5.07.2010